

Kasachstan ist mittlerweile ein wichtiger Handelspartner für China. Im Bild ein Zug, beladen mit Weizen aus der früheren Sowjetrepublik, bei der Ankunft im Hafen der nordostchinesischen Stadt Lianyungang

Seit vier, fünf Jahren verkehren nahezu täglich Güterzüge zwischen China und Duisburg, London, Warschau, Madrid und anderen Städten in Europa. Sie sind ein Rückgrat der chinesischen »Belt and Road Initiative« (BRI), Asien, Afrika und Europa auf dem Land- und Seeweg besser zu verbinden. Noch bringen die Züge vor allem IT-Produkte und andere Konsumgüter nach Europa. Doch wenn es nach den Planern geht, könnten sie künftig auch zur Ernährungssicherheit Chinas beitragen.

Wohlstand und Glück stellte Chinas Präsident Xi Jinping in Aussicht, als er im Oktober 2013 das Vorhaben erstmals offiziell ankündigte. Asien, der Mittlere Osten und Europa sollen auf dem Landweg (»Belt«) durch ein dichtes Netzwerk von Bahnlinien, Straßen, Flughäfen und Pipelines schneller, kostengünstiger und verlässlicher verbunden werden. Auf der »maritimen Seidenstraße« (»Road«) werden im Indischen Ozean, in Ostafrika und in Südeuropa, beispielsweise in Piräus, Häfen durch chinesische Unternehmen ausgebaut und gemanagt. Entlang dieser Wege sollen Industrien, Agrarbetriebe, Umschlagterminals und neue Städte wie Horgos an der Westgrenze Chinas mit Kasachstan, Anaklia an der georgischen Schwarzmeerküste oder Terespol an der polnischen Grenze mit Weißrussland entstehen.

Mit der neuen Asian Infrastructure Investment Bank AIIB, einem speziellen Seidenstraßenfonds und Krediten der Staatsbanken fördert Beijing die Projekte durch gewaltige Summen. Am ersten großen Seidenstraßengipfel Mitte Mai 2017 in Beijing nahmen Abgesandte aus mehr als 100 Ländern teil, darunter 29 Staats- und Regierungschefs aus Zentralasien, Südost- und Osteuropa mit Russlands Präsident Wladimir Putin an der Spitze.

»Going outward«

Die Initiative fällt zeitlich zusammen mit grundlegenden Änderungen in der Ernährungspolitik der Volksrepublik. Hatte ihre Regierung nach der Preiskrise 2007/2008 noch bekräftigt, bei Getreide Selbstversorger bleiben zu wollen, wurden 2014 eine »aktivere Nutzung der internationalen Nahrungsmittelmärkte« angekündigt und Subventionen abgebaut. Der Vorsitzende der staatlichen »China National Cereals, Oils and Foodstuffs Corporation« (COFCO), Chinas größtem Nahrungsmittelkonzern und Getreidehändler, forderte gar einen völlig freien Agrarhandel.

Damit droht aber eine Abhängigkeit vom bestehenden globalen Agrarsystem, das durch einige wenige westliche Konzerne kontrolliert wird und infolge von Spekulation großen Preisschwankungen unterliegt. Beijing setzt daher darauf,



Neue Seidenstraßen

Zur Sicherung der Ernährung seiner fast 1,4 Milliarden Bürger setzt China auf strategische Unternehmenskäufe und Kooperationen unter anderem in Zentralasien. **Von Uwe Hoering**

den weltweiten Agrarhandel im Interesse seiner Versorgungssicherheit unter anderem durch den Aufbau neuer Handelsrouten und eigener Konzerne selbst stärker zu kontrollieren. Bereits 2010 forderte Agrarminister Han Changfu die Investoren des Landes zu einer »Going-Outward-Strategie« auf.

Es folgten zahlreiche Aufkäufe internationaler Unternehmen, von denen die Übernahme des Schweizer Agrochemie-, Saatgut- und Biotechnologiekonzerns Syngenta durch ChemChina im Frühjahr dieses Jahres für 43 Milliarden Franken zu den spektakulärsten gehört. Und COFCO rückt durch die Übernahme des in Hongkong ansässigen Handelshauses »Noble Agri« 2015 und des niederländischen Getreide- und Düngemittelhändlers Nidera (abgeschlossen im Februar dieses Jahres) den Großen im Weltagrarhandel wie den US-Unternehmen Cargill, ADM und Bunge immer näher.

Von Aufkauf und Pacht großer Ackerflächen in anderen Ländern ist die Volksrepublik derweil abergerückt, nachdem dies

als »Land Grabbing« kritisiert worden war und in Ländern wie Kasachstan, Australien und Mosambik zu heftigem Widerstand geführt hatte. Jetzt setzt man bei Lebensmitteln auf die Kontrolle der gesamten Produktions- und Handelskette. Das doppelte Ziel der Strategie sei es, »die Souveränität zu bewahren und die Kommandohöhen der internationalen Konkurrenz zu besetzen«, hatte Cheng Guoqi, einer der einflussreichsten Agrarstrategen Chinas, im Juni 2015 betont.

Exsowjetrepubliken im Fokus

Dieses Vorgehen ist auch Teil des »Aktionsplans« der Seidenstraßeninitiative. Darin wird ausdrücklich die »vertiefte Zusammenarbeit in Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei sowie bei der Herstellung von Landwirtschaftsmaschinen und der Nahrungsmittelverarbeitung« hervorgehoben. Die Initiative sei »eine Chance, die Regeln im Agrarbereich neu zu gestalten«, erklärte Cheng Guoqi.

Besonderes Interesse zeigen die chinesischen Akteure an Kooperationen mit Nachfolgestaaten der Sowjetunion, aus denen künftig verstärkt Nahrungsmittel und Viehfutter importiert werden sollen. Russland, die Ukraine, Kasachstan, Usbekistan und Weißrussland haben derzeit einen Anteil an der globalen Weizenernte von 20 Prozent. Und es besteht Steigerungspotential: In Kasachstan, westlicher Nachbar von Chinas Provinz Xinjiang, liegen die Getreideerträge pro Hektar bei lediglich 20 Prozent derer im Reich der Mitte.

Um die Agrarproduktion in zentralasiatischen und osteuropäischen Ländern weiter zu steigern, bietet China Technologie, Maschinen, ertragreicheres Saatgut und neue Geschäftsfelder wie Aquakultur. Umgekehrt könnten sich für die Exporteure in Zentralasien die Türen zum größten Konsumgütermarkt der Welt öffnen. Und China würde sich unabhängiger vom US-dominierten internationalen Agrarhandel machen. Die Belt-and-Road-Initiative

könne »mit Fug und Recht als »Ostwind« für Chinas landwirtschaftliche Expansion über die Grenzen bezeichnet werden«, schrieb die chinesische Zeitschrift *Non-quin Ribao* im April 2015.

Bis dahin ist es aber noch ein längerer Weg. In der Datensammlung »Landmatrix« ist gerade eine Handvoll größerer chinesischer Agrarinvestitionen in Russland, der Ukraine, Kasachstan und Tadschikistan aufgelistet. Es gibt Berichte über weitere, überwiegend kleinere Vorhaben wie die Schaffung eines Umschlagplatzes für Getreideaufkäufe durch COFCO, eine Schweine- und eine Milchviehfarm in Weißrussland, ein Abkommen über einen Agrarinvestitionsfonds mit Kasachstan und eines mit Russland über einen gemeinsamen Fonds für die Agrarentwicklung in den fernöstlichen Grenzregionen mit China von knapp zehn Milliarden US-Dollar, von denen China 90 Prozent trägt.

Zudem musste etwa in Kasachstan ein Landreformgesetz, das auf chinesische Anleger zugeschnitten war, vorerst auf Eis gelegt werden. Und der Bürgerkrieg in der Ukraine lässt eine geordnete Kooperation mit dem Land in weite Ferne rücken. Mittelfristig wäre der Aufbau einer Agrarindustrie mit chinesischer Unterstützung eine Chance für Staaten Zentralasiens und Osteuropas, mehr als Transitländer zu sein.

Auch in EU-Mitgliedsländern dürfte das Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu China groß sein. So könnten sich die Niederlande, zweitgrößter Exporteur von Agrarprodukten weltweit, durch verlässliche Zugverbindungen gen Osten den chinesischen Markt erschließen. Die Seidenstraßeninitiative könnte also sowohl den Zugriff Chinas auf die Landwirtschaft entlang der Bahnstrecken und Fernstraßen beschleunigen und gleichzeitig eine neue wunderbare Freundschaft zwischen europäischer und chinesischer Agrarindustrie stiften – zwei mächtigen Akteuren, zwischen denen die osteuropäischen und zentralasiatischen Agrarproduzenten ihre Position finden müssen.

Uwe Hoering ist Politikwissenschaftler und Journalist. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte sind die globalen Veränderungen im Bereich der Landwirtschaft und die Rolle, die Agrarindustrie, internationalen Institutionen wie der Weltbank und den Kleinbauernbewegungen dabei zukommt. Seine Analysen veröffentlicht er in Büchern, Zeitschriften und auf seiner Webseite globe-spotting.de

In der jW-Beilage Land & Wirtschaft 2016 schrieb er über das Recht auf Land und die ungerechte Verteilung von Grund und Boden als Hindernis für eine agrarökologische Wende

Zu Chinas Infrastrukturprojekt siehe auch den Beitrag von Sebastian Carls in jW vom 22. Mai 2017, Seite 9

ANZEIGE

Ernährungssicherheit

„Die Cuba Sí-Projekte in der kubanischen Landwirtschaft sind strategische Investitionen für unser Land!“, erklärt Maritza Ramírez vom kubanischen Landwirtschaftsministerium gegenüber Cuba Sí. „Durch die enge Zusammenarbeit mit unserem Ministerium ist garantiert, dass Eurer großartiges Engagement mit den Entwicklungszielen unseres Landes abgestimmt ist. „Das Jahr 2016“, so Maritza Ramírez, „war zwar das beste für die kubanische Landwirtschaft seit 1990 – trotzdem deckt die Lebensmittelproduktion noch nicht den Bedarf. „Bitte unterstützt Kuba auch weiterhin – und übermittelt allen Spender/-innen von Cuba Sí unseren herzlichen Dank für diese nutzbringende Hilfe!“

Bitte spenden Sie auch weiterhin für unser Solidaritätsprojekt „Milch für Kubas Kinder“.

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí: Berliner Sparkasse, IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10, BIC: BELA DE 33XXX. Bitte immer den Verwendungszweck angeben: „Milch für Kubas Kinder“.

Cuba Sí

AG in der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 009-455, -456
E-Mail: berlin@cuba-si.org
Internet: www.cuba-si.org

Land & Wirtschaft erscheint als Beilage der *jungen Welt* im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin.
Redaktion: Jana Frielinghaus (V.i.S.d.P.), Anzeigen: Silke Schubert, Bildredaktion: Nikolas Sisic, Gestaltung: Michael Sommer.